

**Anlage A1¹****Erklärungen**

[NB: Diese Anlage muss von allen, sei es einzelnen als auch zusammengeschlossenen Wirtschaftsteilnehmern ausgefüllt werden. Im Falle von Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien, Unternehmensnetzwerken und EWIV muss sie vom federführenden Unternehmen oder Gruppenbeauftragten ausgefüllt werden.]

Teil I**ERKLÄRUNG gemäß LG vom 22. Oktober 1993 Nr. 17**

ACHTUNG: Dieselbe Person, die die Anlage A1 ausfüllt, MUSS auch die digitale Unterschrift anbringen.

Unterfertigte/r² ,

Steuernummer ,

geboren in (Provinz , Land), am ,

wohnhaft in der Gemeinde , PLZ , Provinz (), Land ,

Anschrift: ,

in der Eigenschaft als: ☐ gesetzl. Vertreter/Inhaber ☐ Generalbevollmächtigte/r ☐ Sonderbevollmächtigte/r
des Unternehmens:

MwSt.-Nr.: ,

Steuernummer: ,

mit Rechtssitz in der Gemeinde , PLZ , Provinz (), Land ,

Anschrift: ,

E-Mail-Adresse: ,

Zertifizierte E-Mail (ZEP): ,

Telefonnummer: ,

Fax: .

Der/Die Unterfertigte erklärt gemäß LG vom 22.10.1993 Nr. 17, dass er/sie sich der strafrechtlichen Verantwortung unwahrer Erklärungen und der daraus folgenden strafrechtlichen Sanktionen nach Art. 76 DPR Nr. 445/2000 sowie der verwaltungsrechtlichen Folgen des Ausschlusses aus dem Wettbewerb gemäß GvD Nr. 36/2023 und der einschlägigen Rechtsvorschriften bewusst ist. Er/Sie

ERKLÄRT

- dass die Mitteilungen zur Ausschreibung, insbesondere jene gemäß Art. 90 GvD Nr. 36/2023, an folgende zertifizierte E-Mail-Adresse bzw. für Wirtschaftsteilnehmer mit Niederlassung in anderen EU-Mitgliedstaaten über folgenden, damit gleichwertigen Kanal, zu senden sind:

Zertifizierte E-Mail oder damit gleichwertiger Kanal:

- dass die Internetadresse des ausstellenden Sicherungsgebers, zu der die Vergabestelle Zugang hat, um die elektronische Überprüfung der Bürgschaft vorzunehmen, oder, falls der Sicherungsgeber nicht über eine Website mit den vorgeschriebenen Merkmalen verfügt, dass die zertifizierte E-Mail-Adresse, an die die Vergabestelle die mit dem Angebot eingereichte Bürgschaft im PDF-Format zur Überprüfung der Echtheit und Wahrhaftigkeit senden kann, wie folgt lautet:

Internetadresse oder zertifizierte E-Mail-Adresse:

- dass er/sie befugt ist, obgenanntes Unternehmen zu verpflichten und dieses Dokument und/oder weitere Dokumente betreffend das gegenständliche Verfahren zu unterzeichnen,

- dass es sich beim obgenannten Unternehmen um Folgendes handelt:

- ☐ um **einen Wirtschaftsteilnehmer** gemäß Art. 65 Absatz 2 Buchst. a) (Einzelunternehmen, auch Handwerker, und Gesellschaften, auch Genossenschaften),
- ☐ um **ein Konsortium** gemäß Art. 65 Absatz 2 Buchst. b) (Konsortien aus Genossenschaften für Produktion und Arbeit, gegründet gemäß Gesetz vom 25.06.1909 Nr. 422 und GvD des provisorischen Staatsoberhauptes vom 14.12.1947 Nr. 1577, und Konsortien aus Handwerksbetrieben gemäß Gesetz vom 08.08.1985 Nr. 443),
- ☐ um **ein Konsortium** gemäß Art. 65 Absatz 2 Buchst. c) (Konsortien von Handwerksbetrieben gemäß Gesetz Nr. 443 vom 8. August 1985),
- ☐ um **ein Konsortium** gemäß Art. 65 Absatz 2 Buchst. d) (ständige Konsortien, gebildet auch in Form von Konsortialgesellschaften gemäß Art. 2615/ter ZGB, aus Einzelunternehmen, auch Handwerkern, Handelsgesellschaften, Produktions- und Arbeitsgenossenschaften),
- ☐ um **einen Wirtschaftsteilnehmer** gemäß Art. 65 Absatz 1 (Wirtschaftsteilnehmer mit Niederlassung in anderen Mitgliedsstaaten, gebildet gemäß dort geltenden Rechtsvorschriften).

Im Falle eines Konsortiums gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. d) nimmt das Konsortium gemäß Art. 67 Abs. 4 mit folgenden Mitgliedern des Konsortiums, welche die Leistungen ausführen werden³, teil:

Die Daten sämtlicher ausführender Mitglieder des Konsortiums hier anführen:

Bezeichnung oder Firma des Mitglieds des Konsortiums:

Steuernummer: ; MwSt.- Nr.: ,
 mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ,
 Anschrift: ;

Bezeichnung oder Firma des Mitglieds des Konsortiums:

Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,
 mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ,
 Anschrift: ;

Bezeichnung oder Firma des Mitglieds des Konsortiums:

Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,
 mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ,
 Anschrift: .

Handelt es sich bei dem ausführenden Konsortiumsmitglied wiederum um ein Konsortium im Sinne von Artikel 65 Absatz 2, Buchst. d), muss es bei der Angebotsabgabe auch die Mitglieder des Konsortiums angeben, für die es teilnimmt:

Bezeichnung oder Firma des Mitglieds des Konsortiums:

Steuernummer: ; MwSt.- Nr.: ,
 mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ,
 Anschrift: ;

Bezeichnung oder Firma des Mitglieds des Konsortiums:

Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,
 mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ,
 Anschrift: ;

Bezeichnung oder Firma des Mitglieds des Konsortiums:

Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,
 mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ,
 Anschrift: .

Er/Sie

ERKLÄRT

dass das Unternehmen oder Konsortium am Verfahren teilnimmt:

☐ als **einzelnes Unternehmen**

oder

☐ als **federführendes Unternehmen eines gewöhnlichen Konsortiums** gemäß Art. 2602 ZGB nach Art. 65 Absatz 2 Buchst. f) GvD Nr. 36/2023 ⁴:

☐ als **federführendes Unternehmen einer Bietergemeinschaft** (BG) gemäß Art. 65 Absatz 2 Buchst. e) GvD Nr. 36/2023 ⁵:

☐ als **federführendes Unternehmen eines Unternehmensnetzwerks** mit Netzwerksvertrag gemäß Art. 65 Absatz 2 Buchst. g) GvD Nr. 36/2023 ⁶:

☐ als **federführendes Unternehmen einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessensvereinigung (EWIV)** gemäß GvD vom 23.07.1991, Nr. 240, nach Art. 65 Absatz 2 Buchst. h) GvD Nr. 36/2023 ⁷:

mit **folgenden Unternehmen:**

Die Daten aller anderen am Verfahren teilnehmenden, mitbietenden Mitglieder der BG, des Konsortiums, des Unternehmensnetzwerks und etwaige kooptierte Unternehmen hier anführen⁸:

Bezeichnung oder Firma:

Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,
mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ,
Anschrift: ;

Bezeichnung oder Firma:

Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,
mit Rechtssitz in der Gemeinde , Provinz (), PLZ , Land ,
Anschrift: ;

Er/Sie

VERPFLICHTET SICH

- 1) *(bei noch zu bildenden Zusammenschlüssen)* bei Zuschlagserteilung die gemeinsame Sondervollmacht mit Vertretungsbefugnis, die aus öffentlicher Urkunde, beglaubigter Privaturkunde oder aus deren beglaubigter Abschrift hervorgeht, zeitgerecht einzureichen;
- 2) *(bei noch zu bildenden oder bereits gebildeten Zusammenschlüssen)* von jedem Unternehmen des Zusammenschlusses getrennt ausgestellte Rechnungen einzureichen, wobei die Begleichung für die erklärten Teile der Leistung direkt an die Unternehmen erfolgt, wobei die Rechnungen der mitbietenden Unternehmen stets vom

federführenden Unternehmen zur Annahme gegengezeichnet sein müssen (bei Streitigkeiten zwischen den Unternehmen des Zusammenschlusses zu Forderungen bestimmt der Verantwortliche für die Vertragsausführung die Höhe der den einzelnen Unternehmen zustehenden Forderungen);

- 3) *(bei noch zu bildenden oder bereits gebildeten Zusammenschlüssen)* die Teile der Dienstleistung auszuführen, die von den einzelnen in BG, Konsortium oder Netzwerk zusammengeschlossenen Unternehmen ausgeführt werden, wie in der Folge angegeben⁹. Er/Sie erklärt zudem, **dass der Zusammenschluss, das Konsortium oder Netzwerk insgesamt für den gesamten Auftrag qualifiziert ist.**

Bei Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien, EWIV, Unternehmensnetzwerken wird folgendes festgelegt:

Unternehmen	Ausführungsanteil in %

Weitere mitbietende Unternehmen mit entsprechenden Anteilen oder Leistungsprozentsätzen

ANMERKUNGEN

Teil II
ANGABEN ZUM ERKLÄRENDE UNTERNEHMEN¹⁰

Er/Sie

ERKLÄRT¹¹

- ☐ (im Falle von Unternehmen mit Sitz in Italien) dass das Unternehmen in der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer in () für die Tätigkeit , in Einklang mit dem Ausschreibungsgegenstand, eingetragen ist,
- ☐ (im Falle von ONLUS-Organisation), dass die Organisation im folgenden ONLUS-Register eingetragen ist: ,
- ☐ (im Falle von Unternehmen mit Sitz im Ausland) dass das Unternehmen in folgendem Verzeichnis oder in folgender offiziellen Liste des Zugehörigkeitsstaats eingetragen ist: ,
- in Kenntnis der strafrechtlichen Verantwortung im Sinne von Art. 55, Absatz 2 des GvD Nr. 231 vom 21. November 2007, erklärt dass, bei fehlenden oder unwahren Erklärungen, der wirtschaftliche Eigentümer im Sinne des GvD Nr. 231/2007 folgendes/folgende Subjekte ist/sind:
- Name: ; Nachname: ; Geburtsdatum: ; Steuernummer:

BESTÄTIGT FOLGENDE DATEN

Eintragungsnummer: ,

Eintragsdatum: ,

Dauer der Firma (Enddatum): ,

Firma:

UND ERKLÄRT

- ☐ dass das Unternehmen ein Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen gemäß Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Nr. 2003/361/EG vom 6. Mai 2003 ist¹².

Teil III
ETWAIGE ERKLÄRUNG ZUM UNTERAUFTRAG

Er/Sie

ERKLÄRT

- dass der Wirtschaftsteilnehmer beabsichtigt, sollte er den Zuschlag für die vergabegegenständlichen Leistungen erhalten, gemäß Artikel 119 GvD Nr. 36/2023 und gemäß Vorgaben der Ausschreibungsunterlagen einen Unterauftrag an geeignete Unternehmen mit der gesetzlich geforderten Qualifizierung für folgende Leistungen zu vergeben:

1) Teile der Leistung, die untervergeben werden¹³: ;

☐ der die **Tätigkeiten, die einem höheren Risiko der mafiosen Infiltration ausgesetzt sind, gemäß Absatz 53 des Art. 1 des Gesetzes Nr. 190/2012** i.g.F., direkt ausführen wird und daher gemäß Absatz 52 des Art. 1 des Gesetzes Nr. 190/2012 i.g.F

☐ in die White List der Präfektur/Regierungskommissariat von eingetragen ist, mit Ablauf am .

☐ am die Eintragung in die **White List** der Präfektur/Regierungskommissariat von beantragt hat.

☐ in das **Antimafia-Register** der Auftragsausführenden eingetragen ist, das für die Teilnahme an der Wiederherstellung in den vom Erdbeben 2016 betroffenen Gemeinden eingerichtet wurde (G.D. Nr. 189/2016, Art. 30, Absatz 6, umgewandelt durch Gesetz Nr. 229/2016)."

☐ der nicht in der **White List** eingetragen ist und daher die Aktivitäten, auch nur teilweise, die auf die im Absatz 53 des Artikels 1 des Gesetzes Nr. 190 von 2012 aufgeführten zurückzuführen sind (ANAC Mitteilung des Präsidenten vom 17/1/2023), einem Unterauftragnehmer oder Untervertragspartner zu übertragen, der die Voraussetzung der Eintragung in die White List erfüllt."

- dass aller obgenannten Bedingungen für die Erfüllung der Teilnahmeanforderungen Rechnung getragen wurden;
- -dass der Teilnehmer sich verpflichtet, das Verbot der Vergabe des Gesamtbetrags des Auftrags an Dritte zu beachten
- dass der Wirtschaftsteilnehmer sich im Falle von Teilverträgen, die keine Unteraufträge gemäß Art. 119 darstellen, verpflichtet, die entsprechenden, vor Veröffentlichung dieses Verfahrens unterzeichneten kontinuierlichen Kooperations-, Dienstleistungsverträge vor oder bei Unterzeichnung des Vergabevertrags bei der Vergabestelle zu hinterlegen.

ANMERKUNGEN

Teil IV
VERBINDLICHE ERKLÄRUNGEN BEI NUTZUNG DER KAPAZITÄTEN DRITTER
gemäß Art. 104 GvD Nr. 36/2023

Er/Sie

ERKLÄRT¹⁴**a) Im Falle der Nutzung von Kapazitäten Dritter wegen fehlenden Voraussetzungen**

☐ dass das Unternehmen folgende besondere Anforderungen **NICHT** erfüllt¹⁵: ,

UND ERKLÄRT FOLGLICH

dass das Unternehmen gemäß Art. 104 GvD Nr. 36/2023 für obige Anforderungen die entsprechenden **Kapazitäten folgender Unternehmen**, welche die Anforderungen erfüllen, **in Anspruch nimmt**¹⁶:

für folgende Anforderung oder Teil der Anforderung:

das Unternehmen: ,

Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,

mit Rechtssitz in der Gemeinde , PLZ , Provinz (), Land ,

Anschrift: ;

gesetzl. Vertreter/in ,

**UND/ODER
ERKLÄRT¹⁷****b) Im Fall einer Verbesserung durch Nutzung von Kapazitäten Dritter**

☐ dass sie beabsichtigt, **zur Verbesserung** ihres Angebots gemäß Art. 104 Absatz 4 GvD Nr. 36/2023 auf Nutzung von Kapazitäten Dritter zurückzugreifen

UND ERKLÄRT FOLGLICH

dass das Unternehmen gemäß Art. 104 GvD Nr. 36/2023 folgender Unternehmen **in Anspruch nimmt**¹⁸:

für folgende Anforderung oder Teil der Anforderung:

das Unternehmen: ,

Steuernummer: , MwSt.- Nr.: ,

mit Rechtssitz in der Gemeinde , PLZ , Provinz (), Land ,

Anschrift: ;

gesetzl. Vertreter/in ,

In beiden Fällen erklärt

- dass gemäß Art. 104 Absatz 3 GvD Nr. 36/2023, im Falle der Vertrag für die Nutzung von Kapazitäten Dritter mit dem Hilfsunternehmen, das über eine Genehmigung oder andere erforderliche Qualifikation gemäß Artikel 100 Absatz 3 GvD Nr. 36/2023 für die Teilnahme am Vergabeverfahren verfügt, oder mit einem Subjekt, das über die für die Ausführung der Auftragsleistung, der Arbeiten oder Dienstleistungen erforderlichen Studien- oder Berufstitel verfügt, direkt vom Hilfsunternehmen ausgeführt werden.

Die Daten aller weiteren etwaigen Hilfsunternehmen und die entsprechenden nutzungsgegenständlichen Anforderungen hier anführen:

- dass er/sie bezüglich vorliegender Ersatzerklärung der Verpflichtung zur Ausstellung der Erklärungen nach Maßgabe von Art. 104 GvD Nr. 36/2023 ordnungsgemäß nachgekommen ist,

UND LEGT folgende Unterlagen bei

- die **Anlagen A1-ter**, in der der Hilfsunternehmen entsprechenden Anzahl, **auch wenn es sich um zum Konzern gehörende Unternehmen handelt**, mit der vom Hilfsunternehmen unterzeichneten Erklärung, dass sie über die technischen Voraussetzungen und Mittel verfügen, die Gegenstand der Inanspruchnahme sind, sowie die vom Hilfsunternehmen unterzeichnete Erklärung, mit welchem sich es sich gegenüber dem Wirtschaftsteilnehmer und gegenüber der Vergabestelle dazu verpflichtet, für die gesamte Auftragsdauer die notwendigen Ressourcen, die dem Wettbewerbsteilnehmer fehlen, zur Verfügung zu stellen;
- EEE, unterzeichnet von dem/den Hilfsunternehmen;
- den Vertrag (in Original oder als beglaubigte Kopie) über die Nutzung der Kapazitäten Dritter, kraft dessen das Hilfsunternehmen sich gegenüber dem Wirtschaftsteilnehmer verpflichtet, die Kapazitäten und notwendigen Ressourcen für die gesamte Dauer des Auftrags bereitzustellen.
- die weiteren Dokumente gemäß Art. 104 GvD Nr. 36/2023 und gemäß Ausschreibungsunterlagen.

ANMERKUNGEN

Teil V**ETWAIGE ZUSÄTZLICHE ERKLÄRUNG**

gemäß Art. 94 Absatz 5 Buchst. d) des GvD Nr. 36/2023 und Art. 95 des Krisen- und Insolvenzcodex GvD Nr. 14/2019

(Nur dann auszufüllen, wenn der Wirtschaftsteilnehmer ein einzelnes Unternehmen ist. Bei BG, Konsortien, EWIV oder Unternehmensnetzwerken kann das federführende Unternehmen bei sonstigem Ausschluss nicht zu einem Ausgleich mit Unternehmensfortführung zugelassen worden sein noch einen Rekurs auf Zulassung zum Ausgleich mit Unternehmensfortführung eingelegt haben)¹⁹

Er/Sie

ERKLÄRT**1. HYPOTHESE**

☐ dass das Unternehmen sich im Zeitraum zwischen der Hinterlegung des Antrags auf Ausgleichszulassung mit Unternehmensfortführung bzw. auf Ausgleich gemäß Art 44 des Krisen- und Insolvenzcodex (CCI) (geändert durch Art. 12 Absatz 4 des GvD Nr. 83 vom 17 Juni 2022) und der Hinterlegung des Eröffnungsdekrets gemäß Art. 47 des CCI befindet. Deshalb

- hinterlegt er/sie Kopie der Verfügung des Landesgerichts Nr. vom zur Genehmigung zur Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren,
- hinterlegt er/sie einen Bericht eines Experten, der die Anforderungen von **Artikel 2 Absatz 1 Buchst. o) des oben genannten Gesetzesvertretenden Dekrets** erfüllt und die Einhaltung des Plans und der voraussichtlichen Fähigkeit zur Vertragserfüllung bescheinigt **Art. 95 Absatz 4 des CCI**.

2. HYPOTHESE

☐ dass das Unternehmen gemäß Art. 47 des CCI (GvD Nr. 14/2019 i.g.F) zum Verfahren für den Ausgleich mit Unternehmensfortführung gemäß Art. 44 des CCI (GvD Nr. 14/2019 i.g.F)- mit Dekret des Landesgerichts Nr. vom zugelassen wurde, und hinterlegt:

- Kopie der Verfügung des Landesgerichts Nr. vom zur Genehmigung zur Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren,
- Bericht eines Experten, der die Voraussetzungen gemäß **Artikel 2 Absatz 1 Buchst. o) des oben genannten GvD** erfüllt, zur Bescheinigung der Übereinstimmung mit dem Plan und der voraussichtlichen Fähigkeit zur Vertragserfüllung (**Art. 95 Absatz 4 des CCI**)

Teil VI

WEITERE VERBINDLICHE ERKLÄRUNG FÜR DIE ZULASSUNG ZUR AUSSCHREIBUNG
(für alle Formen von Teilnehmern, die an der Ausschreibung teilnehmen)

Er/Sie

ERKLÄRT

- a) nicht in Kenntnis über eventueller Hinderungsgründe gemäß Art. 94 und 95 GvD Nr. 36/2023 hinsichtlich der in dieser Bestimmung genannten Subjekte zu sein;
- b) dass er/sie sich verpflichtet, bei Ausübung des Zugangsrechts gemäß Artt. 35 und 36 GvD Nr. 36/2023 die Dokumente und Daten jedweder Natur nicht zu verbreiten und die Dokumente ausschließlich zum Schutze seiner/ihrer rechtlichen Interessen im Rahmen des gegenständlichen Verfahrens zu verwenden;
- c) **dass eines oder mehrere laut Ausschreibungsbedingungen zugelassene Rechtssubjekte sich am Ausführungsort der Leistungen eingefunden haben und somit dass er/sie sämtliche allgemeine und besondere Umstände kennt, die sich auf die Preisbestimmung und auf die Vertragsbedingungen ausgewirkt haben können und die sich auf die Durchführung der Leistungen auswirken können, und dass er/sie folglich die Leistungen als durchführbar, die Planungsunterlagen als angemessen und die Preise insgesamt als rentabel eingestuft hat, so dass diese Preise den angebotenen Betrag oder Abschlag, der fix und unveränderlich ist, erlauben;**
- d) dass der wirtschaftliche Wert des Angebots gemäß Art. 110 GvD Nr. 36/2023 angemessen ist;
- e) dass er/sie die Sozialklausel laut Ausschreibungsunterlagen, sofern vorhanden, annimmt;
- f) (evtl. bei Unternehmen, die ihren Sitz und ihre feste Niederlassung nicht in Italien haben) dass das Unternehmen die geltenden, darauf anwendbare Steuervorschriften einhält;
- g) dass er/sie bei sonstigem Ausschluss die Integritätsvereinbarung annimmt, die den Ausschreibungsunterlagen beigelegt und von der Stadtgemeinde Bozen mit Stadtratsbeschluss Nr. 27 vom 30. Januar 2017 genehmigt wurde;
- h) die Verhaltenspflichten des "Dreijahresplans zur Korruptionsprävention und Transparenz 2023-2025", der mit Beschluss des Gemeinderats Nr. 181 vom 4. April 2023 angenommen und in der Rubrik "Transparente Verwaltung" auf der Website der Gemeinde Bozen veröffentlicht wurde, zu kennen und einzuhalten, sowie die Angestellten und/oder Mitarbeiter, unabhängig von ihrer Funktion, unter der Sanktionsdrohung der Vertragskündigung gemäß Art. 1456 des italienischen Zivilgesetzbuches, die hiermit in vollem Umfang wiedergegeben werden, zu beachten, wenn sie anwendbar sind;
- i) dass er/sie Kenntnis über die Verpflichtungen hat, die aus dem von der Vergabestelle mit Gemeindevorstand vom 30.12.2022 Nr. 728 gemäß DPR vom 16.04.2013 Nr. 62 („Regolamento recante codice di comportamento dei dipendenti pubblici“) beschlossenen „Verhaltenskodex des Personals“ hervorgehen, und dass er/sie sich bei Zuschlagserteilung verpflichtet, diesen bei sonstiger Vertragsaufhebung einzuhalten und dafür Sorge zu tragen, dass er von den eigenen Mitarbeitern eingehalten wird;
- j) dass er/sie bei der Ausarbeitung des Angebots die am Ausführungsort geltenden Verpflichtungen laut Vorschriften zur Sicherheit, Hygiene, Umweltschutz, Arbeitsbedingungen, Vor- und Fürsorge beachtet hat; dass er/sie sich verpflichtet, diese Beträge für die Sicherheitsmaßnahmen auf der Baustelle zu verwenden, und dass er den Inhalt des DUVRI-Modells 1-A „Grundlegende Verhaltensregeln für die Sicherheit der Arbeiter bei der Ausführung von Arbeiten an der Bausubstanz der Autonomen Provinz Bozen“ zur Kenntnis genommen hat und annimmt;

- k) dass er/sie im Zusammenhang mit der gegenständlichen Ausschreibung keine gesetzlich untersagten, wettbewerbs- und marktbeschränkenden Praktiken und/oder Vereinbarungen im Laufen hat;
- l) dass er/sie den Inhalt der Besonderen Vertragsbedingungen für Dienstleistungen (Teil II und Teil II) und des technischen Leistungsverzeichnisses und der darin angeführten Dokumente, der Bekanntmachung, der Ausschreibungsbedingungen und deren Anlagen, der im Laufe des Ausschreibungsverfahrens übermittelten Richtigstellungen und Erläuterungen, veröffentlicht auf der Webseite <http://www.ausschreibungen-suedtirol.it/> der Autonomen Provinz Bozen, ohne Ausnahmen und Vorbehalte annimmt;
- m) dass er/sie bei der Erstellung des Angebots etwaige Erhöhungen durch Preisanstiege während der Ausführung der vertraglichen Leistungen berücksichtigt hat und im Vorhinein auf sämtliche diesbezügliche Maßnahmen oder Einwände verzichtet, vorbehaltlich der Bestimmungen der Preisrevisionsklausel;
- n) dass dieser Vertragsabschluss ohne Vermittlung oder Mitwirkung Dritter zustande gekommen ist;
- o) dass er/sie niemandem direkt oder mittels Dritter, einschließlich abhängiger oder verbundener Unternehmen, Geldsummen oder anderen Nutzen für Vermittlungen o.ä. ausbezahlt oder versprochen hat, um den Vertragsabschluss in irgendeiner Form zu vereinfachen;
- p) dass er/sie sich zu verpflichten, unter keinem Rechtstitel Geldsummen oder anderen Nutzen zu leisten, um die Vertragsausführung und/oder -gebarung mit Bezug auf die damit eingegangenen Verpflichtungen einfacher oder günstiger zu machen, noch in irgendeiner Form darauf ausgerichtete Handlungen zu vollziehen;
- q) dass er/sie gemäß Art. 53 Abs. 16/ter GvD Nr. 165/2001 keine Personen eingestellt hat, die Bedienstete mit Entscheidungs- oder Verhandlungsbefugnissen für öffentliche Verwaltungen in den letzten drei Dienstjahren nach Art. 1 Abs. 2 ebd. waren: diese dürfen in den drei Jahren nach der Beendigung des öffentlichen Arbeitsverhältnisses keine Arbeits- oder Berufstätigkeiten für private Rechtssubjekte ausüben, an welche die Handlungen der öffentlichen Verwaltung aufgrund ebendieser Befugnisse gerichtet waren. Die in Verletzung des genannten Art. 53 Abs. 16/ter abgeschlossenen Verträge und erteilten Aufträge sind nichtig, und es ist den privaten Rechtssubjekten, die sie abgeschlossen haben bzw. an welche sie vergeben wurden, untersagt, in den folgenden drei Jahren mit den öffentlichen Verwaltungen Verträge abzuschließen, mit der Verpflichtung, evtl. hierfür bezogene, festgestellte Vergütungen zurückzuerstatten;
- r) dass er/sie sich darüber bewusst ist, dass im Falle der Zuschlagserteilung, sollte festgestellt werden, dass die abgegebenen Erklärungen bzw. die vorgelegten Unterlagen nicht der Wahrheit entsprechen, die Gesellschaft aus der Ausschreibung ausgeschlossen oder die Zuschlagserteilung aufgehoben und/oder widerrufen wird und der Vertrag von Rechts wegen gemäß Art. 1456 ZGB von der Verwaltung aufgehoben wird;
- s) dass er/sie sich zu verpflichten, die Vergabestelle über alle eintretenden Änderungen der Eigentumsverhältnisse, Betriebsstruktur, technischen und verwaltungstechnischen Dienste sowie Änderungen zu den Unterauftragnehmern unverzüglich zu unterrichten;
- t) dass er/sie die Risikobewertung zur eigenen Aktivität vorgenommen und ein Dokument der Risikobewertung gemäß Art. 28 GvD Nr. 81/2008 abgefasst hat; dass er aufgrund der Risikobewertung alle Arbeitsschutzmaßnahmen getroffen und sich mit den notwendigen Mitteln und mit der Ausrüstung zur Unfallverhütung ausgestattet hat;
- u) dass er/sie den Leiter des Arbeitsschutzdienstes ernannt hat;
- v) dass er/sie (wenn vorgesehen) den Betriebsarzt ernannt und mit der Gesundheitsüberwachung betraut hat;
- w) dass die Arbeitnehmer (wenn sie der Gesundheitsüberwachung unterliegen) vom zuständigen Arzt für geeignet befunden wurden, bzw. dass er/sie als selbstständiger Arbeiter die gesundheitliche Eignung für die Ausführung der Leistung besitzt;
- x) dass er/sie für die Information und Ausbildung der Arbeitnehmer gesorgt hat bzw. dass er/sie als selbstständiger Arbeiter die erforderliche Ausbildung im Bereich Sicherheit zur Ausführung der Leistung besitzt;
- y) dass er/sie den Arbeitnehmern die persönlichen Schutzausrüstungen gemäß obiger Risikobewertung zur Verfügung

gestellt hat, bzw. dass er/sie als selbstständiger Arbeiter über die persönlichen Schutzausrüstungen zur Ausführung der Leistung verfügt;

ANMERKUNGEN

Der gesetzliche Vertreter / der bevollmächtigte Vertreter

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

DATENSCHUTZHINWEIS

INFORMATIONEN ÜBER DIE VON DER BETROFFENEN PERSON UND VON DRITTEN ERWORBENEN PERSONENBEZOGENEN DATEN **(Art. 13. und 14 der DS-GVO 2016/679)**

VERGABEVERFAHREN VON LIEFERUNGEN UND DIENSTLEISTUNGEN IM SINNE DES GVD. NR. 36/2023 i.g.F. UND DES LG. NR. 16/2015 i.g.F.

Wir informieren Sie darüber, dass Ihre persönlichen Daten und Sie betreffende Daten besonderer Art sowie Gerichtsdaten im Einklang mit den Vorgaben der Datenschutz-grundverordnung EU/2016/679 (DS-GVO) und den Vorgaben des Datenschutzkodex gemäß GvD vom 30.06.2003, Nr. 196/2003 i.g.F. verarbeitet werden. Dies gilt sowohl für die Verarbeitungsweise an sich als auch für die Aufbewahrung, die die Vertraulichkeit der Daten gewährleisten muss.

Dazu werden sowohl händische als auch informatische und telematische Mittel verwendet und es werden eng zweckgebundene organisatorische und verarbeitungstechnische Methoden angewandt, sowie organisatorische Mittel auch materieller Art, die die Rechtmäßigkeit, die Korrektheit und die Transparenz der Verarbeitung und die Genauigkeit, Unversehrtheit, Vertraulichkeit und Minimierung der Daten gewährleisten.

Die Beschreibung der Details betreffend die Zweckbindung und zur Speicherbegrenzung finden Sie nachfolgend.

Rechtsinhaber der Datenverarbeitung

Inhaber der Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist die Stadtgemeinde Bozen in der Person des amtierenden Bürgermeisters, E-Mail-Adresse:

titolare.trattamento@comune.bolzano.it

Datenschutzbeauftragte/r

Verantwortlich für den Datenschutz ist die Gesellschaft LEGANT S.T.A.r.l., Datenschutzbeauftragte der Gemeinde Bozen, die unter folgender E-Mail-Adresse: dpo@gemeinde.bozen.it erreicht werden kann.

Zweck der Verarbeitung und entsprechende Rechtsgrundlage

Die Verarbeitung ist für die Durchführung einer Aufgabe von öffentlichem Interesse in Erfüllung einschlägiger gesetzlicher Vorgaben notwendig.

Die von Ihnen mitgeteilten personenbezogenen Daten, besonderen Daten und Gerichtsdaten werden zum Zwecke der Überprüfung des Bestehens der allgemeinen Voraussetzungen für die vertragliche Bindung mit der Gemeinde gemäß Art. 94 und Art. 95 des GvD Nr. 36 vom 31. März 2023 "Gesetzbuch der öffentlichen Verträge", sowie zur Ausarbeitung des öffentlichen Vertrages und der darauf folgenden Akten verarbeitet.

Während dieser Tätigkeiten können die verschiedenen Daten, die Sie betreffen (Gerichtsdaten, Ordnungsmäßigkeit in steuerrechtlicher Hinsicht, Ordnungsmäßigkeit in Bezug auf die Beiträge, bekleidete

Ämter im Unternehmen, Eintragung in Berufs-verzeichnissen, meldeamtliche Daten, Personalausweis oder gleichwertiges Dokument), bei Dritten überprüft und erworben werden:

Dies erfolgt durch die direkte Einsicht in Datenbanken oder durch Beantragung einer Ordnungsmäßigkeitsbescheinigung oder anderer Zertifizierungen bei anderen Körperschaften oder Konzessionären von öffentlichen Diensten, wie dem Justizministerium, der Agentur für Einnahmen, dem N.I.S.F. und anderen Rentenkassen, Handelskammern, Berufs-verbänden, Provinzen und Gemeinden, FVOE-System.

Diese Verfahren sind im Kapitel V des DPR Nr. 445 vom 28.12.2000, i.g.F. "Einheitstext der verwaltungsmäßigen Beurkundungen" sowie im Kapitel V des GvD Nr. 82 vom 07.03.2005, i.g.F. "Kodex der digitalen Verwaltung" geregelt.

Wenn Sie durch eine Erklärung zum Ersatz einer beeideten Bezeugungsurkunde angegeben haben, dass die Sie betreffenden Daten im Besitz von Privatpersonen sind (Daten betreffend die technische oder wirtschaftlich-finanzielle Leistungsfähigkeit, berufliche Qualifikation), können besagte Privatpersonen (Banken, vormalige Auftraggeber, Zertifizierungs-einrichtungen) im Rahmen der Über-prüfungstätigkeiten befragt werden.

Bei der Abwicklung der Verfahren zur Auszahlung der geschuldeten Beträge werden die besagten Daten im Einklang mit den in den Artikeln 32 u. ff. der Gemeindeordnung über das Rechnungswesen i.g.F., genehmigt mit GR-Beschluss Nr. 40 vom 27.6.2019, beschriebenen Modalitäten verarbeitet und mitgeteilt.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten besonderer Art sowie von Gerichtsdaten bilden die Artikel 9, Absatz 2, Buchstabe g), und 10 der DSGVO 2016/679 sowie die Artikel 2 sexies, Absatz 1, und 2 octies, Absätze 1 und 3, Buchstabe i) des GvD vom 30.6.2003, Nr. 196 i.g.F..

Wer wird Ihre Daten verarbeiten?

1. Bei den Rechtssubjekten, die Ihre Daten verarbeiten, handelt es sich um Angestellte/Projektbeauftragte/ Praktikanten, die eigens dazu ermächtigt worden sind, und/oder um delegierte Personen des Verantwortlichen der zuständigen Gemeindeämter gemäß Anlage A der Organisations- und Personalordnung der Gemeinde, einschließlich der Systemverwalter/-innen, die direkten Zugriff haben;
2. Auftragsverarbeiter, die die Daten auf Rechnung der Stadtgemeinde Bozen verwalten;
3. Gemeindeverwalter, wenn sie für die Ausführung von Aufgaben, die ihr Mandat betreffen, darum ersuchen.

Übermittlung

Die Daten, die Sie betreffen, können an folgende Empfänger übermittelt werden:

1. an andere Körperschaften oder Privatpersonen, die im Besitz von Sie betreffende Daten sind, im Rahmen der Tätigkeiten zur Überprüfung der von Ihnen abgegebenen Ersatzerklärungen in Bezug auf Zertifizierungen und Bezeugungsurkunden sowie im Rahmen von Überprüfungen von Amts wegen;
2. an den Schatzmeister für die Zahlung der Vertragsspesen, der Registergebühren;
1. an Dritte in Erfüllung von eventuell eingereichten, gesetzlich zugelassenen Anträgen auf Einsicht.
4. an Dritte durch direkten Zugriff bei Bestehen der Voraussetzungen gemäß Art. 50 des GvD Nr. 82 vom 7. März 2005 i.g.F.;

5. an ermächtigtes Personal und/oder an die vom Verantwortlichen der zuständigen Gemeindeämter delegierten Personen gemäß Anlage A der Organisations- und Personalordnung der Gemeinde.

Die Daten werden im Einklang mit den Vorgaben und Einschränkungen des Art. 1, Abs. 32 des G. Nr. 190 vom 06.11.2012 i.g.F. sowie zur Erfüllung spezifischer gesetzlicher Verpflichtungen der Gemeinde in Bezug auf die rechtliche Wirksamkeit veröffentlicht.

Aufbewahrung und Wiederbenutzung

Die Daten werden im Einklang mit den Kriterien, die im Handbuch für die Dokumentenverwaltung der Stadtgemeinde Bozen vorgegeben sind, zum Zwecke der Archivierung im öffentlichen Interesse aufbewahrt.

Die Daten können wiederverwendet werden, um die Qualität der von der Gemeinde Bozen angebotenen Dienstleistungen zu verbessern.

Die Daten werden - nachdem sie zum Schutz Ihrer Rechte und Freiheiten pseudonymisiert wurden - ausschließlich zu statistischen Zwecken wiederverwendet und in einigen Fällen an Dritte übermittelt.

Die Daten, die in die Datensätze der Dokumentenverwaltungs- und Buchhaltungssoftware einfließen, können bei neuen Verarbeitungstätigkeiten im Einklang mit den institutionellen Zielen erneut verarbeitet werden.

Rechte der betroffenen Person

Die Rechte der betroffenen Person sind in den Artikeln 15, 16, 18 und 21 der Europäischen Verordnung 2016/679 aufgeführt.

Es handelt sich um:

- das Recht der betreffenden Person, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; das Recht auf Zugriff auf besagte Daten und das Recht auf die im Art. 15 aufgelisteten Informationen;
- Recht auf unverzügliche Berichtigung der Daten sowie auf Vervollständigung unvollständiger Daten gemäß Art. 16;
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung bei Bestehen der Voraussetzungen laut Art. 18 sowie Recht auf Mitteilung bei Aufhebung der besagten Einschränkung;
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung der Daten zu den im Art. 21 genannten Bedingungen.

Um diese Rechte auszuüben, können Sie das Formular verwenden, das auf der dem Schutz personenbezogener Daten gewidmeten Seite auf der Website der Gemeinde unter folgender Adresse zur Verfügung steht:

https://www.comune.bolzano.it/mw_it/images/b/b7/Esercizio_diritti.pdf
https://www.comune.bolzano.it/mw_it/images/b/b2/Esercizio_diritti-DE.pdf

Recht auf Beschwerde beim Garanten für Datenschutz

Die betroffene Person kann beim Garanten für Datenschutz eine Beschwerde i.S. des Art. 142 des GvD 196/2003 i.g.F. einreichen.

Angaben zur entsprechenden Vorgehensweise finden Sie hier:

<http://www.garanteprivacy.it/web/guest/home/docweb/-/docweb-display/docweb/4535524>

Mitteilung der Daten

Die Mitteilung der Daten ist verpflichtend.

Die mangelnde Mitteilung der Daten führt zur Überprüfung von Amts wegen und zur Einholung der Daten bei Dritten, sofern dies anhand der Informationen, die bereits im Besitz der Gemeinde sind, möglich ist.

Falls die Gemeinde nicht über ausreichende Informationen verfügt, um eigenständige Überprüfungen durchzuführen, bedingt die mangelnde Mitteilung der Daten die Unmöglichkeit der Auftragsvergabe und/oder der Bezahlung.

Die Verarbeitung der Daten ist für die Durchführung einer Aufgabe von öffentlichem Interesse in Erfüllung einschlägiger gesetzlicher Vorgaben notwendig.

Gelesen, bestätigt und unterzeichnet

Der gesetzliche Vertreter / Prokurist
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

- ¹ Die Erklärungen in diesem Vordruck müssen von den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern (auch Handwerkern), den Gesellschaften (auch Genossenschaften), den Konsortien nach Art. 65, Absatz 2 Buchst. b), c), und d) GvD Nr. 36/2023 und den federführenden Unternehmen von Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien, EWIV und Unternehmensnetzwerken abgegeben werden. Jedes mitbietende Mitglied einer BG, eines gewöhnlichen Konsortiums, einer EWIV oder eines Unternehmensnetzwerks sowie jedes ausführende Mitglied des Konsortiums, Genossenschaftskonsortiums oder ständigen Konsortiums gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. d) GvD Nr. 36/2023, muss die Anlage A1-bis ausfüllen.
- ² Bei einzelnen Unternehmen sind die Daten des gesetzlichen Vertreters anzugeben, bei Konsortien gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. b), c), und d) GvD Nr. 36/2023 die des gesetzlichen Vertreters des Konsortiums, bei Bietergemeinschaften, gewöhnlichen Konsortien gemäß, EWIV und Unternehmensnetzwerken die des gesetzlichen Vertreters des federführenden Unternehmens.
- ³ Falls der teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer die Form eines Konsortiums gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. b), c), und d) GvD Nr. 36/2023 aufweist, müssen die leistungsausführenden Konsortialgesellschaften die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ⁴ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form eines gewöhnlichen Konsortiums gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. f) GvD Nr. 36/2023 teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen des Konsortiums die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ⁵ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form einer BG teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ⁶ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form eines Unternehmensnetzwerks teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ⁷ Falls der Wirtschaftsteilnehmer in Form einer EWIV teilnimmt, müssen alle mitbietenden Unternehmen die Erklärungen gemäß Vordruck A1-bis abgeben.
- ⁸ Die vollständigen Angaben aller Unternehmen der BG, des Konsortiums gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. f) GvD Nr. 36/2023 anführen, und aller Mitglieder des Konsortiums gemäß Art. 65, Absatz 2 Buchst. b), c), und d) GvD Nr. 36/2023 (Firma oder Bezeichnung, Rechtssitz, Steuernummer und Art der Gesellschaft: Einzelunternehmen, offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder andere Gesellschaftsform).
- ⁹ Die Teile der Leistung müssen in Prozent angegeben oder beschrieben werden. Es dürfen bei sonstigem Ausschluss keinesfalls Beträge aufscheinen, auch nicht indirekt: diese sind im wirtschaftlichen Angebot anzuführen.
- ¹⁰ Das „**erklärende Unternehmen**“ ist das Unternehmen, das den Vordruck unterzeichnet. Der „**teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer**“ ist der Wirtschaftsteilnehmer insgesamt: Handelt es sich um ein einzelnes Unternehmen, fällt dieses mit dem „**teilnehmenden Wirtschaftsteilnehmer**“ zusammen, besteht der Wirtschaftsteilnehmer aus mehreren Subjekten, ist der **teilnehmende Wirtschaftsteilnehmer** die BG, das Konsortium, die EWIV oder das Unternehmensnetzwerk, während das erklärende Unternehmen das federführende Unternehmen ist, das den Vordruck A1 unterzeichnet, bzw. die einzelnen mitbietenden Mitglieder, die die Vordrucke A1-bis unterzeichnen.
- ¹¹ Die Angaben müssen entsprechend dem Rechtssitz des erklärenden Unternehmens von allen Formen von **Wirtschaftsteilnehmern**, die an der Ausschreibung teilnehmen, bestätigt werden.
- ¹² Gemäß Art. 2 der Empfehlung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Nr. 2003/361/EG sind die Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte zur Definition der Unternehmensklassen folgende:
 - ¹ Die Größenklasse der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.
 - ² Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein kleines Unternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt.
 - ³ Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein Kleinstunternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 10 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 2 Mio. EUR nicht überschreitet.
- ¹³ Für Dienstleistungen und Lieferungen sind jene Teile der Dienstleistung zu beschreiben, die man an Dritte untervergeben will.
- ¹⁴ Gemäß Art. 104 GvD Nr. 36/2023 nur dann zu bestätigen, wenn der Bieter die besonderen Teilnahmeanforderungen nicht oder nur zum Teil erfüllt.
- ¹⁵ Alle vorgesehenen besonderen Anforderungen angeben, die der Teilnehmer nicht selbst erfüllt, sowie deren Prozentsatz oder Wert (in Euro).
- ¹⁶ Firma, Rechtssitz und allgemeine Angaben der Hilfsunternehmen und Anforderungen, für welche die Kapazitäten genutzt werden sollen.
- ¹⁷ Gemäß Art. 104 GvD Nr. 36/2023 nur dann zu bestätigen, wenn der Bieter die besonderen Teilnahmeanforderungen nicht oder nur zum Teil erfüllt.
- ¹⁸ Firma, Rechtssitz und allgemeine Angaben der Hilfsunternehmen und Anforderungen, für welche die Kapazitäten genutzt werden sollen.